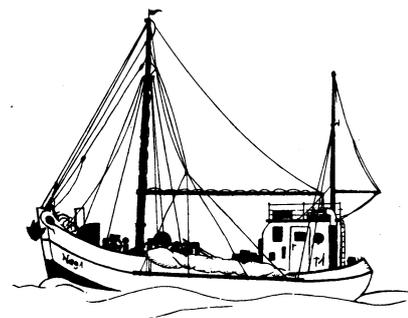


Förderkreis »Rettet die Elbe« eV

Nernstweg 22 • 22765 HAMBURG • Tel.:040/39 30 01

eMail: foerderkreis@rettet-die-elbe.de • <http://www.rettet-die-elbe.de>



Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Immissionsschutz und Betriebe
Billstraße 84
20539 Hamburg

Hamburg, den 11. Juli 2007

**Einwendung gegen den Antrag der Vattenfall Europe Generation
AG & Co. KG zur Errichtung und zum Betrieb eines Steinkohle-
Kraftwerkes in Moorburg nach Bundes-Immissionsschutzgesetz
(BImSchG) und Wasserhaushaltsgesetz (WHG).**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Förderkreis »Rettet die Elbe« eV erhebt gegen den Antrag zur Genehmigung eines Steinkohlekraftwerks in Hamburg Moorburg fristgerecht Einwendungen.

Mit diesem Schreiben beantragen wir

- Die Einstellung des Verfahrens zur Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und Wasserhaushaltsgesetz (WHG).

Als Anlage erhalten sie die Begründung zur Einstellung und die Einwendungen.

Weitere und detailliertere Einwendungen werden während der Erörterung vorgetragen.

Mit freundlichen Grüßen

Einwendungen

1. Begründung zur Einstellung des Verfahren

1.1 Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Planunterlagen lagen vom 29.05.2007 bis einschließlich 28.06.2007 lediglich an zwei Stellen zur Einsicht aus. In dieser Zeit sollten die 47 Ordner vor Ort durchgearbeitet werden und detaillierte, fachlich fundierte Stellungnahmen erarbeitet werden. Auch die gegen Ende der Auslegungsfrist ins Internet gestellten Planunterlagen waren nicht geeignet, die Öffentlichkeit in gebotener Weise zu beteiligen. Die Planunterlagen konnten weder in Teilabschnitten kopiert werden, noch konnten Lesezeichen gesetzt werden.

Die Genehmigungsbehörden als auch der Antragsteller sind gegenüber der Öffentlichkeit verpflichtet ein offenes und faires Verfahren durchzuführen, dies ist hier nicht der Fall.

Ebenso sind die Behörden gehalten, einen effektiven und inhaltlich strukturierten Erörterungstermin durchzuführen, auch dies ist hier nicht gewährleistet.

1.2 Kraftwerk überdimensioniert, weil politisch gewollt

Vattenfall hatte ursprünglich ein Kraftwerk 750 Megawatt geplant. Die Umweltbehörde hat offensichtlich Vattenfall aufgefordert ein Kraftwerk mit jetzt 1600 Megawatt zu bauen.

Herr Poppe (Vattenfall) bestätigte laut Medienberichten, dass es schon in im frühen Stadium der Planung Gespräche mit der Genehmigungsbehörde gegeben habe. "Beide Seiten waren sich über den Ausbau der Kraft-Wärme-Auskopplung in Hamburg einig." Dabei soll die Abwärme des Kraftwerks für die städtische Wärmeversorgung genutzt werden. Schon deshalb sei die Monoblockanlage nicht mehr infrage gekommen. "Wenn die größere Anlage nicht wirtschaftlich gewesen wäre, hätten wir dem nie zugestimmt", betont Poppe.

Auch Umweltstaatsrätin Herlind Gundelach bestätigte, dass es im Vorfeld "freundschaftliche Gespräche" über die Planungen gegeben. Es sei richtig, dass der Senat die Pläne für das größere Kraftwerk unterstützt habe. "Wir haben schon damals gesagt, dass wir die Fernwärmeversorgung in Hamburg ausbauen wollen."

Die Realisierung der gegenwärtigen Pläne wird für eine enorme elektrische Überkapazität sorgen. Das geplante Kohlekraftwerk soll jährlich rund zwölf Terawattstunden Strom erzeugen, dies entspricht etwa dem jetzigen Stromverbrauch Hamburgs. Der Strom, den Haushalte und Industrie in Hamburg verbrauchen, wird aber heute und in Zukunft in Kraftwerken aus der gesamten Bundesrepublik produziert.

Ein neues Groß-Kraftwerk ist nicht notwendig, um die Stromversorgung Hamburgs zu sichern.

Die Fernwärmeauskopplung hingegen ist gemessen an der Feuerungsleistung unterdimensioniert. Sie soll an das bestehende innerstädtische Fernwärmenetz angekoppelt werden, das wenig Erweiterungspotential bietet, weil der Bereich der Stadt bereits bebaut ist und durch andere Energieträger beheizt wird. Die Wärmeauskopplung ist ein fadenscheiniges Alibi für die Erweiterung der Stromproduktion.

1.3 Kraftwerk nicht genehmigungsfähig

Nur drei Monate vor Auslegung der Pläne war der Senat laut mehreren Pressemeldungen (Beispiel s.u.) aus Gründen des Klimaschutzes gegen ein Kohle-Großkraftwerk.

“Senat will Kohlekraftwerk nicht genehmigen

Hamburgs Ziel, Hauptstadt des Klimaschutzes zu werden, gerät in ernsthafte Gefahr. Grund sind zwei neue Kraftwerke, die auf dem Boden der Hansestadt entstehen sollen. Jetzt gibt es Überlegungen die Baugenehmigung für eine Vattenfall-Anlage zu untersagen. Umweltsenator Axel Gedaschko, der sich auf dem Feld des Klimaschutzes einen Namen machen will und dabei die volle Unterstützung von Bürgermeister Ole von Beust hat, möchte die Genehmigung unter diesen Vorzeichen nicht erteilen – zumal Vattenfall die zusätzliche Energie offenbar nicht zwingend benötigt.“ (06.03.2007 Die Welt)

Wir gehen davon aus, dass Umweltsenator Axel Gedaschko über ausreichende Kompetenz verfügt um die Planunterlagen und Genehmigungsanträge zu analysieren und deshalb zu dem Schluss gekommen ist, das geplante Kraftwerk ist nicht genehmigungsfähig!!

1.4 Planunterlagen nicht vollständig

1.4.1 Fernwärmeversorgung

"Wir wollen so viel Fernwärme auskoppeln wie möglich", sagte Umweltsenator Axel Gedaschko. Die Zahlen, mit denen im Genehmigungsverfahren geplant wird, bilden demnach nur den Status quo. "Die Planungen für die Auskopplung der Wärme aus dem zweiten Block laufen gerade", so der Senator. Eine entsprechende Einigung mit Vattenfall sei sehr entscheidend für die Genehmigung des Kraftwerks, so der Senator.

Laut Planunterlagen sollen aber für je nach Bedarf bis zu 450 MWth Wärmeleistung aus beiden Blöcken ausgekoppelt und in den Heizwasserkreislauf des Fernwärmenetzes Hamburg eingespeist werden. Für eine weitere Auskopplung von Wärme sind die Anlagen nicht ausgelegt, so dass nur der in den Plänen angekündigte Ersatz für das Werk Wedel möglich ist. Ein höherer Anteil der Wärmeauskopplung wäre nur möglich, wenn statt eines Großkraftwerks mehrere effizientere Gasheizkraftwerke gebaut würden, auch da, wo nennenswerte bauliche Erweiterungen der Stadt die Nachfrage nach Fernwärme erhöhen könnte. Hierfür fehlt aber ein Konzept.

1.4.2 Anlagen die nicht Bestandteil des Antrages sind

Freileitung

Die im Rahmen der Baufeldfreimachung erforderliche Umverlegung der 110 kV Freileitung und der Ersatz der 110kV- Freiluftschaltanlage durch eine gasisolierte Innenraumschaltanlage (GIS- Anlage) ist nicht Gegenstand dieses Antrages.

Da es das erklärte Ziel des Antragsstellers ist, den Strom in das Netz der Stadt Hamburg einzuspeisen, ist der Bau der oben aufgeführten Anlagen auch Bestandteil des Antrags.

Hochwasserschutz, Kaimauerbau

Mit dem Neubau des Kraftwerkes Moorburg in unmittelbarer Lage zur Süderelbe, einem Gewässer I. Ordnung, ergeben sich standortspezifische Randbedingungen und besondere technische Lösungen für die einzuhaltenden Schutz- und Sicherungsmaßnahmen der Infrastruktur. Insbesondere der Hochwasserschutz setzt Prämissen für die bautechnische Realisierbarkeit und ist in jeder Phase von Errichtung und Betrieb zu gewährleisten.

Hochwasserschutz und der Kaimauerbau sind die Voraussetzungen für die Inbetriebnahme des Kraftwerkes und somit Bestandteil des Antrages.

Fernwärmedüker

Die im Lageplan dargestellte Dükerleitung durch die Süderelbe, ca. im nördlichen Bereich des Standortes, liegt nicht im Umfang dieses Bauantrages.

Da es das erklärte Ziel des Antragsstellers ist, die Fernwärme in das Fernwärmenetz der Stadt Hamburg einzuspeisen, ist der Bau der Dükerleitung auch Bestandteil des Antrags.

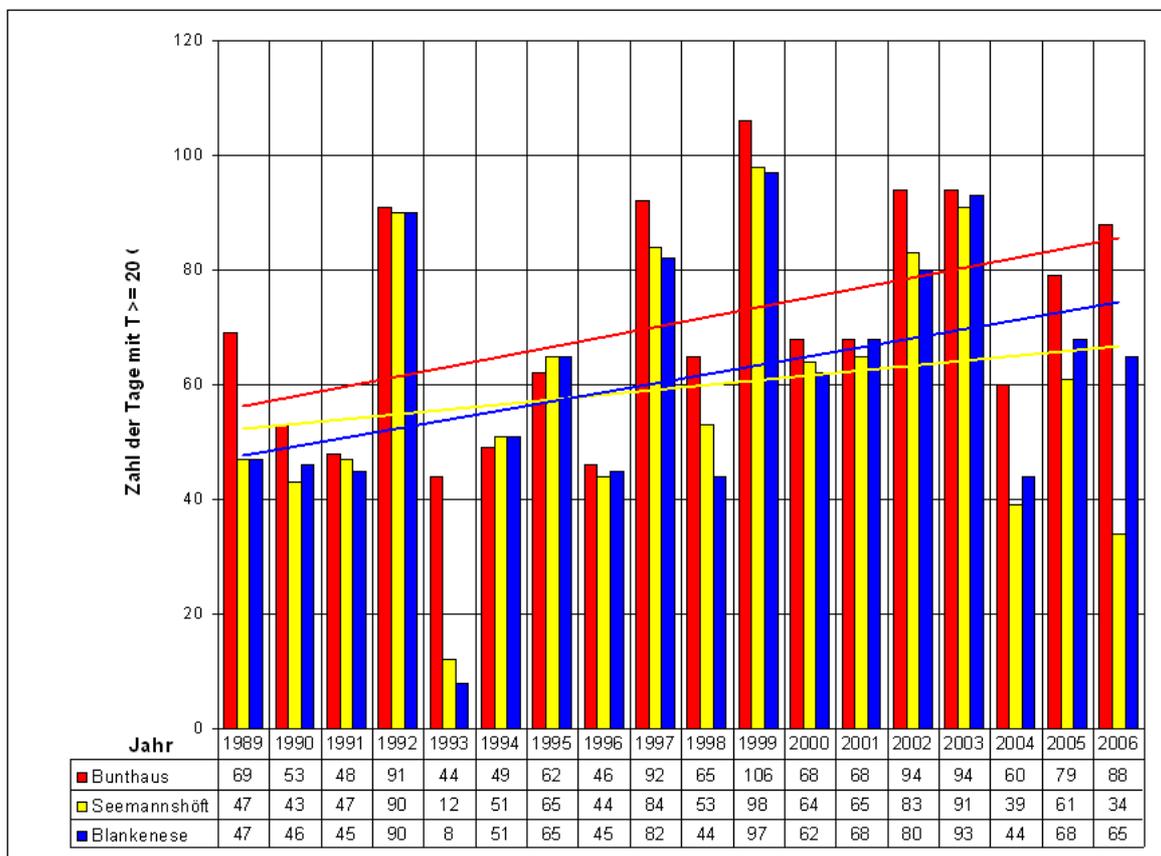
1.5 Prüfung der Klimafolgen und entsprechender Alternativen fehlt

In den Planunterlagen fehlt eine fundierte Darstellung, wie der Ausstoss von Treibhausgasen und die Folgen für das Klima minimiert werden sollen. Dazu würde eine Darstellung der Alternativen gehören, ob dezentrale verbrauchernahe Anlagen, und ob Gas statt Kohle eine günstigere Lösung böten.

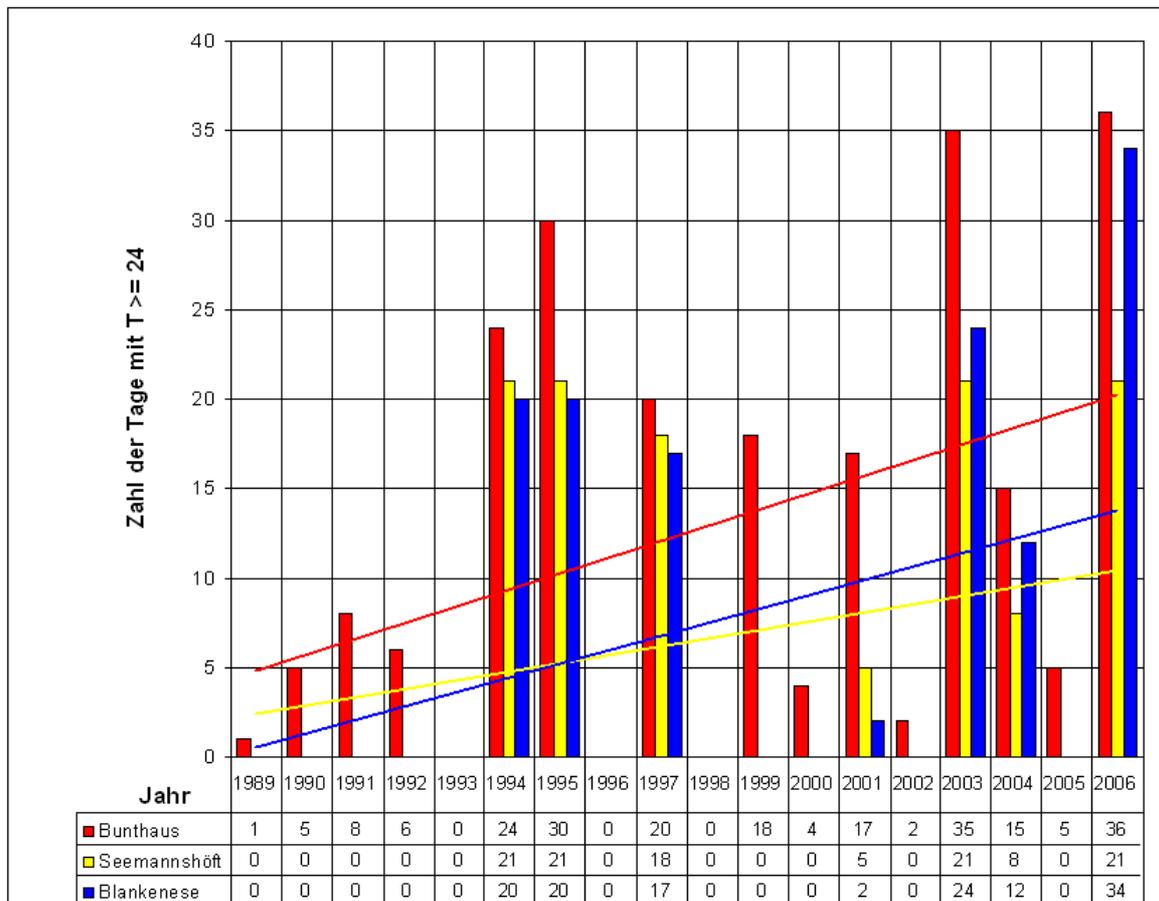
2. Kühlwasserentnahme und –einleitung in die Süderelbe

2.1 Falsche Voraussetzungen bei der Modellierung

Eine gesamte Auskopplung von Fernwärme aus den beiden Blöcken über das ganze Jahr ist nicht machbar. Die Abwärme soll in die Süderelbe abgeführt werden. Wie sich die Wärmeeinleitung auf die Wasserqualität auswirkt, wurde in einem Gutachten des DHI modelliert. Als Randbedingung wurde ein kritischer Zustand der Elbe aus dem Sommer 2003 gesetzt, mit niedrigem Oberwasserzufluss, Wassertemperaturen deutlich über 20 C und Sauerstoffgehalt unter 3 mg/l, wie sie an der Dauermessstation Bunthaus des Instituts f. Hygiene u. Umwelt gemessen worden waren. Die Gutachter betonen, "Dieser extreme Klimazustand hat ein Wiederkehrintervall von 1000 Jahren." Diese Einschätzung der Randbedingungen ist sehr befremdlich, da in den letzten Jahren im Sommer niedrige Oberwasserspenden die Regel geworden sind (weshalb die Binnenschifffahrt monatelang zum Erliegen kam), dabei regelmäßig Wassertemperaturen über 25 C gemessen wurden (in 2006 bis 27 C), und durch das von der Elbvertiefung bedingte Algensterben im Hafen "Sauerstofflöcher" über mehrere zusammenhängende Tagen auftraten. Nach den wahrscheinlichsten Modellierungen der Klimaforschung und in Anbetracht der geplanten erneuten Elbvertiefung werden kritische Situationen in der Elbe zunehmen. Sollte die Option "Kühlwasserableitung" weiter verfolgt werden, muss die Simulationsrechnung unter realistischen Randbedingungen wiederholt werden, wobei auch die Messungen der Station Seemannshöft und der Hafenprofilfahrten des Instituts f. Hygiene u. Umwelt heranzuziehen sind.



Die Daten des Wassergütemessnetzes wurden aus dem Internet abgerufen und ausgewertet. Dabei wurden die Zahl der Tage pro Jahr bestimmt, an denen die durchschnittlichen Wassertemperaturen an den Stationen Bunthaus, Seemannshöft und Blankenese gleich/größer 20 °C bzw. 24 °C gemessen wurden.



Seit Beginn des Betriebs des Wassergütemessnetzes 1988 wurden mehrere Jahre beobachtet, in denen Bedingungen wie im „Jahrtausendsommer 2003“ herrschten. Wenn es einen Trend gibt – aus einem kurzen Zeitraum ist das mit Sicherheit nicht zu sagen – dann wird die Elbe wahrscheinlich nicht kühler in den nächsten Jahren. Eine Wärmeinleitung des KW Moorburg wird die Zahl der für den Sauerstoffhaushalt kritischen Situationen eher erhöhen.

2.2 Schutz der Fische nicht belegt

Die Kühlwasserentnahme wird trotz der geplanten Schutzeinrichtungen zu Verlusten bei Fischen führen. Besonders ins Meer abwandernde Jungfische (Stinte, Meerforellen) werden die Entnahmestelle weder umgehen noch sich vom Rechen befreien können. Das Gutachten zur Fischechanlage macht keine quantitativen Angaben, wie viele Fische die Prozeduren beim Abschöpfen und Umleiten überstehen.